

FDP Frankfurt am Main

HESSISCHE BEHÖRDE VERSCHÄRFT FACHKRÄFTEMANGEL

20.06.2024

- Langes Warten auf die Approbationsurkunde
- Hessen wird zur Karrierebremse
- Ausländische Ärzte gehen in andere Bundesländer

Yanki Pürsün, gesundheitspolitischer Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat die Landesregierung aufgefordert, die Missstände im Landesamt für Gesundheit und Pflege abzustellen, die Behörde adäquat mit Personal auszustatten und Prüfvorgänge selbst auf den Prüfstand zu stellen. "Bewerberinnen und Bewerber aus Nicht-EU-Ländern, die einen Arbeitsplatz in einer Klinik oder in einer Apotheke in Hessen anstreben und eine Approbationsurkunde beantragen, sind auf das hessische Landesamt für Gesundheit und Pflege angewiesen. Sie beschreiben das Verfahren als zermürbend und desillusionierend sowie als unprofessionell und langwierig. Interessenverbände der Ärzteschaft und der Apotheken warnen inzwischen sogar vor der Antragstellung in Hessen und empfehlen, in andere Bundesländer zu gehen: Hessen ist im Gesundheitssektor eine Karrierebremse - die interessierten Arbeitskräfte müssen warten, bis der Arzt kommt", kritisiert Pürsün anlässlich der heutigen Plenardebatte über die Zustände im Landesamt für Gesundheit und Pflege. Die Freien Demokraten haben das Thema vor dem Hintergrund aktueller Medienberichterstattung für heute als aktuelle Stunde auf die Tagesordnung des Landtags gesetzt.

"Fachkräfte im Gesundheitswesen werden dringend benötigt. Daher ist es umso unverständlicher, dass das Landesamt sich mit der Prüfung der Unterlagen für die Approbation unverhältnismäßig lange Zeit lässt und zum Nadelöhr geworden ist. Die Behörde verschärft damit den Fachkräftemangel. Dabei sollte der Landesregierung hinreichend bekannt sein, dass Kliniken schon seit Jahren vermehrt auf Kräfte aus



Ländern außerhalb der EU zurückgreifen müssen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen", ärgert sich Pürsün. Seit Januar 2023 muss das Landesamt darüber befinden, ob die Medizinerausbildung aus dem Ausland mit der deutschen Ausbildung vergleichbar ist.

"Der Landesregierung ist offensichtlich egal, dass die Versorgung von Patienten in Hessen ganz akut gefährdet ist", stellt Pürsün fest. Er weist darauf hin, dass die Situation in Apotheken nicht minder besorgniserregend sei. "Derzeit ist von einer gebürtigen Bosnierin zu lesen, die vor etwa einem halben Jahr an der hessischen Landesapothekerkammer ihre Approbationsprüfung bestanden hat. Ihr droht nun die Abschiebung, weil es das Landesamt für Gesundheit und Pflege nicht geschafft hat, die Approbationsurkunde zu erteilen. Vielmehr hat es den Eindruck vermittelt, als sei niemand erreichbar und keiner zuständig."